



# Gemeinsame Erklärung zur Gründungsoffensive

Berlin, 29. November 2018

## Lebendiges Unternehmertum in Deutschland: Gründung und Nachfolge fördern

Seit 70 Jahren ist die Soziale Marktwirtschaft der Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Sie lebt von mutigen Unternehmerinnen und Unternehmern, die mit steter Kreativität, wegweisenden Ideen und fachlichem Können wirtschaftliche Erfolge erst möglich machen. Ob per Neugründung oder in Nachfolge – Unternehmerinnen und Unternehmer übernehmen Risiken und Verantwortung für sich und ihre Beschäftigten. Sie schaffen Innovation, Wachstum, Ausbildung, Arbeit, privates Einkommen und Steueraufkommen für öffentliche Aufgaben. All das trägt zu einer international wettbewerbsfähigen deutschen Wirtschaft bei.

Lebendiges Unternehmertum ist ein Beispiel für gelebte Eigenverantwortung und den Einsatz für den Zusammenhalt vor Ort. Indem Unternehmerinnen und Unternehmer Arbeit für sich und andere schaffen, leisten sie einen wertvollen Beitrag zum Allgemeinwohl und zum weiteren Erfolg unseres Landes. Deshalb verdienen sie in unserem Land gesellschaftliche Anerkennung.

Eine klare Politik für Gründung und Nachfolge ist unverzichtbarer Baustein einer modernen Wirtschaftspolitik, sie ist aber auch Gesellschaftspolitik. Das heißt auch: Eine gute Politik für Unternehmertum umfasst alle politischen Ebenen – Europa, Bund, Länder und Kommunen. Sie muss über die klassische Wirtschaftspolitik hinaus durch eine passende Steuer-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik flankiert werden. Wir werben dafür, dass politische Entscheidungsträger auf allen Ebenen gemeinsam und konstruktiv an diesem Ziel arbeiten.

In diesem gemeinsamen Verständnis wollen wir Mut machen und Begeisterung für unternehmerische Initiativen wecken. Wir wollen denen helfen, die mit Mut und Innovationsgeist den mühsamen und doch – persönlich wie gesellschaftlich – lohnenden Weg in unternehmerische Selbständigkeit suchen oder schon gehen.

Gemeinsam wollen das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), BDA, BDI, DIHK und ZDH die Unternehmenskultur – ob per Neugründung oder in Nachfolge – in Deutschland stärken und mehr Menschen für unternehmerische Selbständigkeit motivieren. In diesem Sinne heben wir als gemeinsame Erklärung sechs ausgewählte Punkte hervor:

1. Unternehmerische Selbständigkeit ist Risiko und Chance zugleich. Gründerinnen und Gründer können mit guten Ideen am Markt Gewinne und Einkommen erzielen. Sie übernehmen zugleich Verantwortung und Risiken für sich, für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für den jeweiligen Standort und das ganze Land. Diese besondere Leistung verdient besondere **gesellschaftliche und politische Wertschätzung**.
  - Das BMWi wird sich bei den Kommunen dafür einsetzen, bei behördlichen Entscheidungsvorgängen, Antragswegen und Kommunikation die spezifischen Belange von Unternehmensgründern stärker zu berücksichtigen. Hierzu gehört ein wertschätzendes Grundverständnis von Unternehmertum aller beteiligten Akteure. Die Wirtschaft unterstützt die Initiative.

2. Eine Voraussetzung für mehr lebendiges Unternehmertum durch Gründung und Nachfolge in Deutschland ist es, möglichst früh und in der Breite **wirtschaftliches Wissen und unternehmerisches Denken** zu vermitteln.
  - Das BMWi wird auf die Länder zugehen und sich dafür einsetzen, Unternehmertum und weitere ökonomische Themen stärker in den Schulen zu verankern. Eine engagierte Mitwirkung aller Schulen und Universitäten ist unverzichtbar. Die Wirtschaft bietet an, mit Hilfe von Unternehmerinnen und Unternehmern bei der Vermittlung ökonomischer Themen in Schulen zu unterstützen.
  - Duale Ausbildung ist einer der Schlüssel für dauerhaft mehr Unternehmertum. In den Betrieben lernen junge Menschen Unternehmertum lebensnah kennen. Aber auch in der Berufsberatung sollten die Chancen und Herausforderungen unternehmerischer Selbständigkeit stärker vermittelt werden. BMWi und Wirtschaft werden bei den Ländern und der Bundesagentur für Arbeit dafür werben, unternehmerische Perspektiven sichtbar und erlebbar zu machen.
  - Zudem erreichen Schulen junge Menschen flächendeckend: Dort können wirtschaftliche Zusammenhänge grundlegend vermittelt und der Begriff des Unternehmertums frühzeitig positiv besetzt werden. Dabei sollte die Phase der beruflichen Orientierung in allen allgemeinbildenden Schulen, auch in Gymnasien, ein wichtiger Baustein sein, um jungen Menschen zu verdeutlichen, dass eine abgeschlossene Berufsausbildung auch eine gute Grundlage für eine erfolgreiche spätere Selbständigkeit sein kann.
3. Die **Unternehmensnachfolge** wird zu einer immer größeren Herausforderung für die Wirtschaft, insbesondere für den Mittelstand. Gemeinsam wollen BMWi und Wirtschaft darauf hinwirken, dass Unternehmen den Generationswechsel strategisch gründlich und rechtzeitig vorbereiten. Politik, Kammern und Verbände arbeiten gemeinsam daran, Übergeber und potentiellen Nachwuchs noch besser zu sensibilisieren und zusammenzuführen.
  - BMWi und Wirtschaft entwickeln gemeinsam die Idee der Etablierung von „Nachfolge-Coaches“ und „Nachfolgemoderatoren“, um Senior-Unternehmer und Nachfolge-Interessierte für die Chancen und Herausforderungen der Unternehmensnachfolge zu sensibilisieren und zur Nachfolge anstehende Unternehmen mit geeigneten Kandidaten zusammenzubringen.
  - BMWi und Wirtschaft appellieren an die Länder, die Unternehmensnachfolge nicht durch Erhöhung der Grunderwerbsteuer weiter zu erschweren. Aus Sicht der Wirtschaft ist eine mittelstandsfreundliche Umsetzung der vor zwei Jahren reformierten Erbschaftsteuer wichtig.
4. Ein gutes Gründungsklima braucht das passende **politische Umfeld in Bund, Ländern und vor Ort**. Dazu gehören neben Wertschätzung unternehmerischen Handelns auch Austauschforen und andere Möglichkeiten für Gründerinnen und Gründer, mit Wissenschaft und etablierten Unternehmen in Kontakt zu kommen. Dazu gehört zudem der Zugang zu Banken, Sparkassen, Genossenschaftsbanken, Förderinstitutionen und privaten Investoren. Schon heute können Gründerinnen und Gründer auf vielseitige Angebote zur Information und Beratung zurückgreifen.
  - Allerdings stoßen viele früh auf bürokratische Anforderungen, die sie gerade in der sensiblen Startphase als hohe Last empfinden und z. B. von der Gewinnung erster Kunden abhalten. Funktionierende und benutzerfreundliche One-Stop-Shops für Gründerinnen und Gründer müssen flächendeckend Realität werden. Das BMWi setzt sich dafür ein, den geplanten Portalverbund, das Onlinezugangsgesetz und die EU-Verordnung für ein einheitliches digitales Zugangstor in diesem Sinne voranzutreiben.
  - Wichtige Hebel zur Entlastung sind der Abbau von Berichtspflichten und Aufbewahrungsfristen insbesondere im Handels- und Steuerrecht sowie die Anpassung von Schwellenwerten. BMWi und Wirtschaft setzen sich insbesondere dafür ein, die im Koalitionsvertrag vereinbarte vierteljährliche statt monatliche Umsatzsteuervoranmeldung für Gründerinnen und Gründer rasch umzusetzen. BMWi und Wirtschaft streben eine Anhebung der Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter von 800 auf 1.000 Euro an.

- Aktuell finden Gründerinnen und Gründer insbesondere in der Frühphase aufgrund eines gut austarierten Systems aus öffentlichen Förderprogrammen und unterschiedlichen Finanzmarktakteuren ein gutes Umfeld der öffentlichen Gründungs- und Wagniskapitalfinanzierung. Jetzt gilt es, die Bedingungen so zu entwickeln, dass mehr privates Beteiligungskapital mobilisiert werden kann.
  - BMWi und Wirtschaft setzen sich für eine gründer- und mittelstandsfreundliche steuerliche Forschungsförderung ein, die sich auch an noch ertragsschwache Jungunternehmen richtet und die Finanzierung von Innovationen erleichtert. Sie muss verstanden werden als Ergänzung zur bewährten direkten Projektförderung.
  - Auch für Gründerinnen und Gründer sind attraktive Rahmenbedingungen bei der Unternehmensbesteuerung ein wichtiger Standortfaktor. Es ist daher wichtig, dass Deutschland international weiter wettbewerbsfähig bleibt. Fiskalische Spielräume sollten für Entlastungen genutzt werden.
5. Für ein lebendiges Unternehmertum in Deutschland streben BMWi und Wirtschaft an, dass mehr **Frauen** die Möglichkeiten und Chancen nachhaltiger unternehmerischer Selbständigkeit nutzen.
- Gemeinsam und öffentlich setzen sich BMWi und Wirtschaft dafür ein, Chancen und Herausforderungen des Unternehmertums bei Frauen bekannter zu machen, etwa durch spezifische Informations- und Beratungsangebote.
  - Nach den Erfahrungen aus der Beratung von Existenzgründerinnen stellt die Vereinbarkeit von Familie und voller unternehmerischer Erwerbstätigkeit vor allem für Eltern eine große Herausforderung dar und ist somit vergleichbar mit den noch immer vorhandenen Hindernissen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. BMWi und Wirtschaft setzen sich daher dafür ein, dass das im Koalitionsvertrag vereinbarte Recht auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter als ein weiterer wichtiger Schritt umgesetzt wird.
6. **Personen mit Migrationshintergrund** sind eine zunehmend wichtige Gruppe im Gründungsgeschehen und Vorbilder für Integration. Auch hier wollen wir Zugänge zur Selbständigkeit erleichtern.
- BMWi und Wirtschaft setzen sich bei Bund und Ländern dafür ein, das Angebot an Sprachkursen auch für Selbständige zu verbessern.
  - Das Portal der Bundesregierung für Fachkräfte aus dem Ausland „Make it in Germany“ informiert auch Menschen aus dem Ausland, die sich in Deutschland selbständig machen wollen. Sie dürfen daran nicht wegen komplexer und langer Verwaltungsverfahren gehindert werden. Das gesamte Zuwanderungsverfahren muss daher unbürokratischer und transparenter gestaltet werden, u. a. durch einen Ausbau von E-Government-Lösungen.

Gemeinsam verabreden wir – BMWi, BDA, BDI, DIHK und ZDH – einen weiterhin engen Austausch darüber, wie durch eine wirksame Offensive mehr lebendiges Unternehmertum in Gründung und Nachfolge in Deutschland zu gestalten ist.

Nach Auffassung von BDA, BDI, DIHK und ZDH adressieren die „10 Punkte für mehr Gründungen“ des BMWi richtige Schwerpunkte und Maßnahmen. Ergänzend dazu bieten BDA, BDI, DIHK und ZDH auf einer Vielzahl von Feldern je eigene Positionen und konkrete Handlungsempfehlungen zu Gründung und Nachfolge an.

In insgesamt vier Regionalkonferenzen wollen BDA, BDI, DIHK und ZDH zusammen mit Bundeswirtschaftsminister Altmaier und in einem gemeinsamen Format bis Ende 2019 den direkten Austausch insbesondere zu den genannten Schwerpunktthemen ermöglichen. Auf Einladung des BMWi werden auf einer öffentlichen Abschlussveranstaltung in Berlin die Ergebnisse des Austauschs vorgestellt und in Perspektive bewertet.